

Stadt Papenburg**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 23/II „Altes Wasserwerk“****1****Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:****Abwägungsvorschlag:****Landkreis Emsland, mit Schreiben vom 17.05.2023**

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

Städtebau

Im Titel der Satzung ist der Hinweis auf das beschleunigte Verfahren gemäß § 13 b Baugesetzbuch zu entfernen.

Naturschutz und Forsten**Naturschutzfachliche Belange:**

Die im Punkt 4.4 der Begründung näher beschriebene „Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern“ soll mit sogenannten Bodendeckern bepflanzt und auf eine Wuchshöhe von 0,80 m beschränkt werden. Sowohl die Verwendung von sogenannten Bodendeckern als auch das regelmäßige Stutzen und Einkürzen auf eine gärtnerisch bestimmte Wuchshöhe macht die „Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern“ aus naturschutzfachlicher Sicht nahezu wertlos.

Um der Fläche eine naturschutzfachliche Funktion und damit eine naturschutzfachliche Wertigkeit zu verleihen, wird angeraten, die Fläche mit heimischen, standortgerechten Laubgehölzen zu bepflanzen. Heimische Laubgehölze sind i.d.R. schnittverträglich, sodass bei Bedarf ein Rückschnitt erfolgen kann. Als heimische Laubgehölze bieten sich z.B. Wildrosen wie Rosa canina (Hundsrose), Rosa rugosa (Kartoffelrose), Rosa glauca (Rotblättrige Rose) oder Rosa rubiginosa (Weinrose) an. Neben dem naturschutzfachlichen Aspekt, bringen sie auch einen optischen Aspekt mit, da sie z.T. üppig blühen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der zulässigen Nutzungen innerhalb der Flächen zum Anpflanzen (Versorgungs- und Werbeanlagen) und der Notwendigkeit der Begehrbarkeit dieser Flächen, wurden die Pflanzvorgaben bewusst gewählt. Sie wurden in der Eingriffsbilanzierung entsprechend ihrer Wertigkeit auch nur mit 1 WF bewertet. An der Festsetzung in der vorliegenden Form wird aus den genannten Gründen festgehalten.

29.08.2023

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Das Flurstück 5/18 der Flur 21 in der Gemarkung Papenburg ist aus naturschutzfachlicher Sicht grundsätzlich als Kompensationsfläche geeignet. Voraussetzung für die Eignung der Fläche ist jedoch eine ungestörte Entwicklung, sodass die Kompensationsfläche ihre Funktion dauerhaft erfüllen kann. Die Fläche liegt zum einen im Einflussbereich der westlich anschließenden Wohnbebauung und grenzt zum anderen im Osten an die freie und offene Landschaft. Durch die unmittelbaren Verbindungen und Wechselbeziehungen ist sowohl von einem vergleichsweise hohen Wilddruck als auch von einem gewissen Freizeitdruck auszugehen. Es wird daher dringend angeraten, die junge Gehölzpflanzung durch einen geeigneten Wildschutzzaun gegen Wildschäden zu schützen. Darüber hinaus ist seitens der Stadt Papenburg deutlich darauf hinzuweisen, dass die Fläche nicht zu Freizeit Zwecken betreten bzw. einer anderen Nutzung zugeführt werden darf.

Forstfachliche Belange:

Der betroffene Gehölzbestand, der der Bauleitplanung weichen muss, wird im Umweltbericht als „Feldgehölz“ angesprochen. Die Definition als „Feldgehölz“ ergeht unter Mitwirkung und in Abstimmung mit fachkundigem Personal der Forstwirtschaft. Eine Betroffenheit forstfachlicher Belange ist daher nicht gegeben.

Artenschutzrechtliche Belange:

Die artenschutzrechtlichen Belange wurden in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde in Form einer Potentialanalyse abgehandelt. Die vorliegende Potentialanalyse sagt aus, dass bei den untersuchten Tiergruppen der Brutvögel und der Fledermäuse sogenannte Verbotstatbestände nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) nicht erfüllt werden. Die Aussage ergeht unter der Bedingung, dass die in der Potentialanalyse aufgeführten und näher beschriebenen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen be-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass das als Ausgleichsfläche gewählte Flurstück grundsätzlich für die Kompensation geeignet ist.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der abzuschließenden vertraglichen Vereinbarungen berücksichtigt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

achtung finden und zur Umsetzung kommen.

Der Gehölzbestand wurde bereits beseitigt. Die Beseitigung erfolgte gem. den o.g. Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen in einer artenschutzrechtlich unsensiblen Zeit und unter Mitwirkung fachkundigen Personals.

Brandschutz

- Für sämtliche geplanten Maßnahmen ist die Löschwasserversorgung gemäß Arbeitsblatt W 405 zu beachten.
- Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, betreffen jedoch nicht die Festsetzungen des Bebauungsplanes.

Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover, mit Schreiben vom 27.04.2023

Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover (Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der Rückseite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.

Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind. Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 16 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind und eine weitere Gefahrenerforschung (z.B. durch eine entsprechende Luftbildauswertung) kostenpflichtig möglich ist.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können:
<http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbildauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html>

Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage)

Empfehlung: Luftbildauswertung

Fläche A

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Es wurde keine Luftbildauswertung durchgeführt.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.

Empfehlung: Kein Handlungsbedarf

Fläche B

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für das südwestliche Plangebiet (Fläche A) eine Luftbildauswertung empfohlen wird, da der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel besteht. Da sich diese relativ kleine Fläche unmittelbar angrenzend zum übrigen Plangebiet (Fläche B) befindet, für das kein Handlungsbedarf besteht, wird jedoch von einer Luftbildauswertung abgesehen. In den Planunterlagen ist folgender Hinweis enthalten: Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, ist sofort die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelräumdienst des Landes Niedersachsen zu benachrichtigen.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Hinweise:

Die vorliegenden Luftbilder können nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen bei der RD Hameln-Hannover des LGLN.

In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.

Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.

EWE NETZ GmbH, mit Schreiben vom 02.05.2023

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein.

Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Ver-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe Versorgungsanlagen der EWE NETZ GmbH befinden, welche erhalten bleiben müssen und nicht beschädigt oder anderweitig gefährdet werden dürfen. Die im Plangebiet vorhandenen Trafoanlagen sind innerhalb der zum Anpflanzen festgesetzten Fläche zulässig und damit gesichert.

Soweit eine Neuherstellung oder Änderungen bzw. Anpassungen der Ver- und Entsorgungsanlagen erforderlich werden, wird zur Kenntnis genommen, dass diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und den anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden müssen.

Im Plangebiet werden keine öffentlichen Erschließungsanlagen hergestellt, Versorgungstreifen sind daher nicht erforderlich.

Die EWE wird in die weitere Planung frühzeitig eingebunden.

Im Plangebiet sollen keine Gebäude entstehen. Ein wärme-

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

sorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o. ä.) verzichtet werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite: <https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen>.

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Claudia Vahl unter der folgenden Rufnummer: 151-74493158.

technisches Versorgungskonzept ist für das Plangebiet daher nicht vorgesehen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten für Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten grundsätzlich vollständig vom Vorhabenträger zu tragen sind, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Anregungen vorgebracht werden.

Die EWE NETZ GmbH wird in die weiteren Planungen einbezogen und rechtzeitig beteiligt.

Der Hinweis auf die aktuelle Anlagenauskunft wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, mit Schreiben vom 24.05.2023

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen

Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind. Bitte beteiligen Sie die den aktuellen Leitungsbetreiber direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de. Weitere Informationen erhalten Sie hier. Die beim LBEG vorliegenden Daten zu den betroffenen Leitungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle:

Objektname (nicht angegeben)	Betreiber (nicht angegeben)	Leitungstyp Energetische oder nicht-energetische Leitung	Leitungsstatus (nicht angegeben)
--	---------------------------------------	---	--

Die in der Nähe verlaufende Leitung ist nicht weiter bekannt. Anhand der angrenzenden Leitungen kann eingegrenzt werden, dass die Leitung zur EWE NETZ GmbH gehört. Wenn die Beteiligung der Leitungsbetreiber bereits im Rahmen früherer Planungsverfahren durchgeführt wurde und zwischenzeit-

Der Hinweis bezüglich einer erdverlegten Gashochdruckleitung wird zur Kenntnis genommen. Durch die beteiligten Leitungsträger wurden hierzu im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange keine Hinweise vorgetragen.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

lich keine Veränderung des Leitungsverlaufs erfolgte, ist die Erfordernis einer erneuten Beteiligung der genannten Unternehmen durch die verfahrensführende Behörde abzuwägen.

Hinweise

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Der Hinweis auf den NIBIS-Kartenserver wird zur Kenntnis genommen. Ebenfalls wird zur Kenntnis genommen, dass die Informationen zu den Baugrundverhältnissen keine geotechnische Erkundung oder Untersuchung des Baugrundes ersetzen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass weitere Hinweise oder Anregungen nicht vorgetragen werden.

Die Hinweise zur vorliegenden Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, mit Schreiben vom 26.04.2023

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Das Plangebiet befindet sich in einem Jettieffflugkorridor. Es wird darauf hingewiesen, dass Beschwerden und Ersatzansprüche, die sich auf die vom Flugplatz/Flugbetrieb ausgehenden Emissionen wie Fluglärm etc. beziehen, nicht anerkannt werden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände bestehen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Landwirtschaftskammer Niedersachsen, mit Schreiben vom 11.05.2023

Zu dem o. g. Vorhaben nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Stadt Papenburg plant die Ausweisung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes westlich der Wiro-Tankstelle am Deverweg. In dem Plangebiet mit ca. 830 qm sollen Elektroladestationen für PKW und E-Bikes entstehen.

Aufgrund der vorgelegten Unterlagen bestehen gegen das o.g. Vorhaben aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.

Das Forstamt Weser-Ems äußert sich zum o.g. Vorhaben wie folgt:

Bei der oben genannten Baumaßnahme ist nach dem Planvorhaben direkt Wald im Sinne des § 2 NWaldLG in der neusten Fassung vom 17.05.2022 betroffen. Die überplante Waldfläche ist mindestens im Verhältnis 1:1 in möglichst unmittelbarem Einzugsbereich auszugleichen. Bei Ersatz- und Ausgleichsflächen (Ersatzaufforstungen) sollte das Forstamt Weser-Ems beratend hinzugezogen werden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus landwirtschaftlicher Sicht gegen die Planung keine Bedenken bestehen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In Abstimmung mit der Unteren Waldbehörde des Landkreises wurde die Fläche als Feldgehölz gemäß dem Städtetagmodell bewertet (3 WF). Der Ausgleich für diese Fläche erfolgt in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde innerhalb des Papenburger Stadtgebietes in Form einer Laubgehölzanpflanzung. Damit ist dem naturschutzfachlichen Belang ausreichend Rechnung getragen. Ein Ersatz gemäß NWaldLG ist daher nicht erforderlich.